

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Das 2. Konjunkturpaket ist beschlossen, die höchste Staats(neu)verschuldung innerhalb eines Rechnungsjahres auch. Hoffen wir, dass die Maßnahmen wie erhofft greifen. Kein Experte kann in diesem Falle raten – wir alle (die ganze Welt) müssen diese Krise durchstehen. Die Politiker müssen nun Verantwortung auf sich nehmen, den unkontrollierten Umgang mit Geld zu unterbinden.

### Nicht Geld sondern Menschen müssen arbeiten können!

Alle Welt weiß, dass der Staat Israel seine Bürger schützen muss – alle Welt weiß um das Lebensrecht der Palästinenser. Alle Welt weiß, dass die Hamas sich mit ihren Raketenangriffen feige hinter der Zivilbevölkerung versteckt. Alle Welt weiß, dass Israel die Hamas nicht aus Gaza herausbomben kann ohne den Tod vieler Unschuldiger. Schaut alle Welt weiter untätig zu?

es grüßt Sie  
die Redaktion  
Karl-Heinz König, Willi Bernhard

### Aus dem Inhalt

- **Zusätzliche Investitionen sichern Jobs** 2
- **EU beschließt Vereinfachung bei Struktur-**  
**fonds – Pfister muss aufs Tempo drücken** 2-3
- **Kreisverband Bodensee – Norbert Zeller:**
- **90 Jahre OV Langenargen – Gründungsväter**
- **Der Sozialismus auf dem Marsche -** 3-7
- **Landesregierung knickt ein – Termine** 7-8
- **SBI: SP Kanton SG: Jetzt handeln! Rasche**  
**Reaktion gefordert – SP Kanton Thurgau:**  
**Wigoltingen hat eine Frau Gemeindeammann** 9-10
- **SPÖ Vorarlberg: Wir erwarten Zuge-**  
**winne - Gier schadet – Buch:**  
**„Politik der Paranoia“** 10-11
- **Kreis BC und MdB Gerster:**  
**Neujahrsempfang der Jusos im Kreis-**  
**verband BC** 11-12
- **Dialekte: Wussten Sie schon, dass ..** 12-13
- **Charta für sozialen Zusammenhalt ...** 13-16
- **Kleine und mittlere Einkommen entlasten** 16
- **B-W profitiert von Konjunkturprogramm –**  
**Münzfering gratuliert Helmut Schmidt** 17
- **Einladung zur KDK KV Bodensee – Tages-**  
**ordnung – Einladung SBI nach Bregenz** 18-19
- **Einladung ans Ofebänkle (Lindenberg)** 20
- **Einladung OV Bermatingen: Jahreshaupt-**  
**versammlung** 21

# Zusätzliche Investitionen für Gebäudesanierung und kommunale Infrastruktur sichern Jobs und stärken das Wachstum

*(Brief von Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB an die SPD-Kreisvorsitzenden im Landesverband Baden-Württemberg)*

Berlin, 9.12.08

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2009 haben wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, in die kommunalen Infrastruktur und die Gebäudesanierung deutlich erhöht. Mit dem Wachstumspaket im Verkehrs- und Baubereich werden Arbeitsplätze im Baugewerbe und im Handwerk gesichert oder neu geschaffen. Zugleich stellen wir die Weichen für eine nachhaltige Verkehrspolitik, damit das Programm eine langfristige Wirkung entfalten kann. Insgesamt zwei Milliarden Euro mehr in den Jahren 2009 und 2010 für die Verkehrsinfrastruktur, kommunale Infrastruktur und Gebäudesanierung sind gut investiertes Geld und ein wichtiger Beitrag zur Konjunkturentwicklung.

Im Gebäudebestand setzen wir auf Klimaschutz und Energieeinsparung. Das Programm zur energetischen Gebäudesanierung wird von 580 Millionen auf fast 1,5 Milliarden Euro aufgestockt. Aus diesen Mitteln wird ein neues Programm zu energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen mit einem Fördervolumen von 400 Mio. Euro in den kommenden drei Jahren aufgelegt. Mit den Mitteln können Mietwohnungen und Eigenheime saniert, Heizkostensteigerungen aufgefangen, Emissionen gesenkt werden. Der Investitionspakt zur energetischen Sanierung von Schulen, Kindergärten und Sportstätten wird mit 300 Mio. Euro fortgesetzt. Hierbei konzentriert sich die Förderung auf energetische Maßnahmen (z. B. Wärmedämmung, Wärmeschutzfenster, Einsatz von erneuerbaren Energien). Das Land und die Kommunen ergänzen den Investitionspakt mit jeweils 300 Mio. Euro, so dass insgesamt 900 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Das Programm entlastet nicht nur die Umwelt, sondern ist auch ein echter Jobmotor. Jeder Euro, den wir investieren, generiert private Investitionen in rund achtfacher Höhe und sichert Arbeitsplätze. Wir stützen den Mittelstand, von Heizkesselbauern und Dämmstoffproduzenten bis zu den Installationsfirmen. Mieter und Hauseigentümer profitieren, weil sie Heizkosten sparen und mehr Geld in der Tasche haben. So bleibt Wohnen für alle bezahlbar.

Wir haben den neuen Haushaltstitel „Seniorenrechtliches Wohnen“ eingeführt. Hierfür stehen 2009 Mittel

in Höhe von 80 Mio. Euro zur Verfügung. Mit diesen Bundesmitteln können bestehende vermietete und selbstgenutzte Wohngebäude angepasst werden, damit alte Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können.

Mit der Investitionsoffensive „Infrastruktur für strukturschwache Kommunen“ sorgt die SPD Bundestagsfraktion dafür, dass auch ärmere Kommunen von dem Programm profitieren. Die Zinskonditionen werden für einen befristeten Zeitraum besonders günstig gestaltet, um die Finanzierungsbedingungen der Kommunen zu verbessern. Allein 2009 werden hierfür 150 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Die Finanzmittel für die Programme zum Stadtumbau West und Stadtumbau Ost werden um je 20 Mio. Euro 2009 angehoben. Damit unterstützen wir die Anpassung der Städte an den demografischen Wandel nachhaltig.

In der Anlage schicke ich Euch eine Übersicht aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über die Förderung von Sportstätten durch Programme zur Stadtentwicklung. Ich hoffe, dass diese Informationen für Eure politische Arbeit vor Ort, insbesondere mit Blick auf die Haushaltsberatungen in den Kommunen, nützlich sind und stehe Euch für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Eure



Rita Schwarzelühr-Sutter

**Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas**



## Europäisches Parlament beschließt Vereinfachung bei EU-Strukturfonds

Das Europäische Parlament hat eine längst fällige Vereinfachung bei den EU-Strukturfonds beschlossen. Die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Muldingen (Hohenlohekreis) begrüßte das eindeutige Votum des Plenums: "Endlich hat das Europäische Parlament in einem ersten Schritt die Senkung des unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwandes, mit dem insbesondere Kleinprojekte im Bereich des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und dem Kohäsionsfonds zu kämpfen haben, beschlossen."

Die neuen Regelungen gelten für Einnahme schaffende Projekte, deren Gesamtkosten unter einer Million Euro liegen. Bislang war dieser Schritt an dem Widerstand des Ministerrates und der Europäischen Kommission gescheitert. "Wären die Mitgliedsstaaten und die Kommission schon früher einsichtiger gewesen und gleich auf die Initiativen des Europäischen Parlaments eingegangen, hätte man dieses bereits zum Anfang der Förderperiode 2007-2013 festschreiben können. Damit hätte man den Projektverantwortlichen von Beginn an Rechtssicherheit gegeben und ihnen den Kampf mit den Verwaltungshürden erspart", kritisierte Evelyne Gebhardt.

Mit der Änderung an der Allgemeinen Verordnung der Strukturfonds 2007-2013 wird für kleinere Einnahmen schaffende Projekte ein vereinfachter Zuteilungsschlüssel verankert, der dazu beiträgt, dass diese Projekte schneller und unbürokratischer umgesetzt werden können. Für entsprechende Großprojekte, deren Gesamtkosten über eine Million Euro liegen, bleiben die bestehenden Regelungen erhalten.

Evelyne Gebhardt: "Mit der beschlossenen Verwaltungsvereinfachung wird die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen vor allem in sensiblen Politikfeldern, wie Umwelt, Forschung und Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Energie erleichtert. Die schnellere Zuteilung und die damit einhergehenden niedrigeren Kosten für Projektträger werden - in Verbindung mit den geplanten Maßnahmen der EU-Kommission - mit dazu beitragen, der sich verschärfenden aktuellen Wirtschaftskrise entgegen zu treten."

09.01.2009

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

### Gaspreissenkung:

## **Pfister muss aufs Tempo drücken**

Claus Schmiedel: „Der Wirtschaftsminister muss dafür Sorge tragen, dass die niedrigeren Gaspreise noch während der Heizperiode beim Endverbraucher ankommen“

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt, dass sich Wirtschaftsminister Pfister angesichts massiv gefallener Importpreise nun auch für die Senkung der Gaspreise durch die Anbieter stark machen will, fordert ihn aber zugleich auf, dabei aufs Tempo zu drücken. Es genüge nicht, auf fallende Gaspreise irgendwann im neuen Jahr zu setzen. „Der Wirtschaftsminister muss dafür Sorge tragen, dass die niedrigeren Gaspreise noch während der Heizperiode beim Endverbraucher ankommen“, verlangte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel.

Alle Anbieter und Versorger in Baden-Württemberg müssten die unmissverständliche Ansage erhalten, dass die niedrigeren Bezugskosten für Gas noch im

Januar 2009 in vollem Umfang an die Endverbraucher weitergegeben werden müssten. Das Wirtschaftsministerium müsse dazu mit den Gasversorgungsunternehmen unverzüglich Gespräche aufnehmen, so Schmiedel.

Bereits letzte Woche hat die SPD im Landtag eine parlamentarische Initiative gestartet, die Wirtschaftsminister Pfister auffordert, bei den Gasanbietern Druck zu machen, damit die Kunden noch während der Heizperiode die gesunkenen Preise im Geldbeutel spüren.

[Martin Mendler](#), Stellv. Pressesprecher



### Dreikönigstreffen in Langenargen:

## **90 Jahre SPD-Ortsverein Langenargen**

Obwohl das eigentliche Jubiläum erst im September gefeiert werden soll, stand das diesjährige Neujahrstreffen der Langenargener Sozialdemokraten ganz im Banne des Jubiläums.

Der OV-Vorsitzende Holger Maas konnte neben OB Jo Büchelmeier aus Friedrichshafen, dem Landtagsabgeordneten Norbert Zeller und dem früheren MdB und Vizepräsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarats, Rudolf Bindig, dem Kreisvorsitzenden und Bundestagskandidaten Jochen Jehle und der Nationalrätin Hildegard Fässler aus Grabs in der Schweiz neben einer Anzahl von Gästen aus dem Kreisgebiet und dem benachbarten bairischen Lindau begrüßen.

Bemerkenswert: Fast doppelt so groß wie die der Mitglieder des Ortsvereins war die Zahl der Teilnehmer im vollbesetzten Fischerstüble (rund 70) am Dreikönigstreffen.

Nach dem unten folgenden Beitrag von Andreas Fuchs hielt OB Jo(sef) Büchelmeier aus Friedrichshafen ein flammendes Plädoyer für kommunalpolitisches Engagement. Im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen in diesem Jahr verwies er darauf, dass Politik im weitesten Sinne ihre Wurzeln im Kommunalen habe, in den Gemeinden und Städten, in der demokratischen Selbstverwaltung. „Landes-, Bundes- und gar Europapolitik werden nur dann gut

sein, wenn sie auf einer guten Basis der Kommunalpolitik und der kommunalen Politiker aufbauen können“. Er ermunterte: "Lasst Euch wählen und geht zur Wahl. Wählt Männer und Frauen, die bereit sind, Verantwortung - mit der Gefahr manches Scheiterns - zu wagen." Kern für Büchelmeier in der Kommunalpolitik ist Verantwortung, also Antwort zu geben dem Bürger als Souverän und dem Objekt und zu-gleich Subjekt der Politik.

Hilde Fässler, Nationalrätin in Bern, stellte fest, dass auf (kantonalen) Landes- und Bundesebene durchaus auch gute, verantwortungsvolle Politik gemacht werde. Sie nahm auch Stellung zu den Problemen der „Steuerflucht“ zwischen der EU und der Schweiz.



Foto: Andreas Heinrich  
(von links): Josef Büchelmeier, Michael Gonser, Andreas Fuchs, Herbert Reiß, Vorsitzender Holger Maas, Christine Kuttenger, Jochen Jehle, Heidi Kleck, Norbert Zeller, Hildegard Fässler und Rudolf Bindig.

Zum Schluss ehrte MdL Norbert Zeller zusammen mit Holger Maas noch die Jubilare des Ortsvereins: Zeller Sabine Frick und Marlene Pötschke für 30-jährige, Heidi Kleck und Herbert Reiß für 25-jährige sowie Christine Kuttenger und Michael Gonser für 20-jährige Mitgliedschaft in der SPD.

Karl-Heinz König

## Gründungsväter waren Berufsfischer

**Der folgende Beitrag von Andreas Fuchs (Gemeindefachwart Langenargen) spannt einen Bogen von der Gründungszeit des SPD-Ortsvereins Langenargen bis in die heutige Zeit.**

*(der hier wiedergegebene Text war Grundlage für den Vortrag des Verfassers zum 90-jährigen Jubiläum des Ortsvereins am 06.01.2009)*

### „Der Sozialismus auf dem Marsche“

Es gab tatsächlich einmal eine solche Zeitungs-Schlagzeile, die mit Langenargen in direktem Zusammenhang stand, nämlich vor genau 90 Jahren. Am Dreikönigstag 1919 wurde in Langenargen prak-

tisch aus dem Nichts ein Ortsverein der SPD ins Leben gerufen. Es geschah in den turbulenten Gründertagen der „Weimarer Republik“, kurz nachdem die Novemberrevolution von 1918 die gekrönten Häupter Deutschlands von ihren Thronen hinweggefegt hatte.

Obwohl in dieser Zeit des politischen Aufbruchs, der Demokratisierung unserer Gesellschaft vielerorts sozialdemokratische Parteivereine gegründet wurden, darf dies in Langenargen trotz der allgemeinen politischen Aufbruchstimmung schon als etwas Besonderes angesehen werden: Die gesellschaftliche Struktur des Ortes stand einer gedeihlichen Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung eigentlich entgegen: - es gab keinerlei größere Industriebetriebe am Ort. Die meisten Beschäftigten hatte mit gerade einmal 50 Personen die Parkettfabrik am Bahnhof aufzuweisen. Langenargen mangelte es also, abgesehen von den wenigen Auspendlern nach Friedrichshafen, vollkommen an einem proletarischen Milieu;

- die Grundeinstellung der Bevölkerung war, in alter montfortischer Tradition, eine ausgesprochen konservativ-katholische, den Obrigkeitsstaat mit tragende. Folglich erzielten die bürgerlichen Parteien und vor allem die katholische Zentrums Partei vor 1919 in Langenargen immer mehr als 90% der Stimmen.

- hinzu kam noch ein anderer, nicht strukturell zu verortender Grund, den man bei der Beurteilung der Situation während der Gründertage unseres Vereins nicht vergessen darf: In Langenargen grassierte damals die epidemieartig auftretende „Spanische Grippe“.

Gerade in den Tagen, als in Friedrichshafen Tausende von Arbeitern, vor allem aus den Rüstungsbetrieben, mit roten Fahnen durch die Stadt zogen und das öffentliche Leben in einem bislang nicht gekannten Ausmaß politisierten, mussten in Langenargen 300 der etwa 1800 Bewohner das Bett hüten und die Nichtinfizierten taten gut daran, größere Zusammenkünfte möglichst zu meiden.

Somit stellt sich die Frage, warum es trotz ungünstiger struktureller Voraussetzungen und den nicht unbedeutlichen Auswirkungen der Grippeepidemie auf das öffentliche Leben dennoch gelungen ist, hier in Langenargen am Dreikönigstag des Jahres 1919 einen sozialdemokratischen Parteiverein ins Leben zu rufen.

Der Hauptgrund dafür war, dass unser SPD-Ortsverein von den Familien-Oberhäuptern der teilweise altingesessenen Fischergeschlechter gegründet worden ist: Von kantigen Persönlichkeiten also, die mit einem teilweise alemannisch-derbem Charme die Menschen anzogen.

Die Langenargener Berufsfischer stellten einen besonders bodenständigen Menschenschlag dar, sie

genossen in der Bevölkerung Respekt und galten auch in politischer Hinsicht als absolut vertrauenswürdig.

Die Gründung durch diesen solide etablierten Berufszweig und seine bekannten Repräsentanten war für die SPD in Langenargen ein besonderer Glücksfall. So konnte sich diese neue politische Kraft in kürzester Zeit am Ort erfolgreich sozialisieren und sich zum politischen Machtfaktor entwickeln.

Ohne Übertreibung titelte nämlich die damalige sozialdemokratische Tageszeitung des Oberlandes, die in Ulm erschienene „Donau-Wacht“, im Hinblick auf Langenargen mit den eingangs erwähnten Worten „Der Sozialismus auf dem Marsche“ Was sich hier vor 90 Jahren abspielte, war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

Die Wahlergebnisse der SPD verzehnfachten sich bereits bei den Januar-Wahlgängen 1919 zu den verfassunggebenden Versammlungen von früher 3% auf nunmehr 30%. Die Mitgliederzahl der SPD stieg binnen weniger Wochen von Null auf über 100 an, zudem entstanden auch noch Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie, darunter ein Konsumverein, ein Mieterverein und ein Arbeitergesangverein.

Vor allem aber konnte die SPD fortan in der Gemeindepolitik ein gewichtiges Wort mitreden. Bereits im Mai 1919 wurden erstmals drei Sozialdemokraten ins Langenargener Kommunalparlament gewählt. Während der gesamten „Weimarer Republik“ war Langenargen die kommunalpolitische SPD-Hochburg im württembergischen Oberland schlechthin – hier konnten Ergebnisse erzielt werden, die man andernorts nicht erreichte, bis an die 40% der Stimmen wurden für die sozialdemokratischen Wahlvorschläge abgegeben.

Auch dabei galt wiederum das zuvor bereits Erwähnte: Die Partei verdankte ihre kommunalen Wahlerfolge den angesehenen Persönlichkeiten, die sie am Ort repräsentierten. Neben den Fischermeistern Karl Knöpfler und August Jäger sind hierbei vor allem die weiteren Gemeinderatsmitglieder Franz Lemmle, Anton Liebold, Ottmar Blaser, Johann Wachter und Anna Kling zu benennen – Namen, die man heute kaum mehr kennt, in der Weimarer Zeit hingegen waren alle Genannten außerordentlich populäre Kommunalpolitiker.

Anna Kling ist im übrigen die erste Frau überhaupt, welche in den Langenargener Gemeinderat gewählt wurde und dass sie gerade der SPD angehörte, das war kein Zufall, denn der sozialdemokratische Rat der Volksbeauftragten hat 1918 das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt und die SPD damit viele gesellschaftlich engagierte Frauen für sich gewinnen können.

So könnte man fortfahren mit einem Vortrag, der über Erfolge, Mut und Beharrlichkeit berichtet und von einer erhebenden Gründerzeit der SPD in Langenargen kündigt.

Das wäre allerdings nicht die ganze Geschichte, die es heute zu berichten gilt. Es würde etwas ausgeblendet, was nicht ausgeblendet werden darf:

Nicht nur ein sozialdemokratischer Verein wurde 1919 in Langenargen gegründet, nein, es waren deren zwei: Unserer, der Ortsverein der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, damals MSPD genannt und eben auch noch derjenige der anderen, der linken Sozialdemokraten, sie nannten sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Beide Gruppierungen waren sich – schon damals – von einigen Ausnahmen abgesehen „spinnefeind“.

Die Linkssozialisten hatten sich bekanntlich während des Ersten Weltkriegs endgültig von der SPD gelöst, weil sie die Bewilligung von Kriegskrediten durch die SPD-Reichstagsfraktion nicht mehr mittragen wollten. Hier in Langenargen gibt es noch ein Flugblatt aus dieser Zeit, welches die abgrundtiefe Verachtung der Linkssozialisten gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie deutlich zum Ausdruck bringt. Die MSPD wird darin als eine Gruppierung „königs- und kaisertreuer Sozialisten, als Hurratrioten“ gar, bezichtigt. Wörtlich wurde geschrieben: „Die Maske herunter, entlarvt die Gaukler und Verräter, vernichtet sie politisch durch Volksurteil.“

Nun ist dieses Volksurteil allerdings bei den Wahlen im Jahr 1919, aber auch später, zumeist anders ausgefallen, als die Linkssozialisten es sich erhofft hatten. Das Volk und vor allem die große Mehrheit der Arbeitnehmerschaft bevorzugte die politisch gemäßigte und staatstragende Mehrheitssozialdemokratie.

Doch seit diesen Tagen ist die Arbeiterbewegung und damit auch die Linke in Deutschland gespalten, mit allen bekannten Auswirkungen, bis auf den heutigen Tag.

Anmerkung d. Red : am 31.12.1918 wurde die KPD gegründet, der sich im Oktober 1920 ein großer Teil der USPD anschloss. Bis auf einen kleinen Rest um zwei Reichstagsabgeordnete kehrten die Mitglieder 1922 in die SPD zurück. Die USPD führte noch bis 1931 ein Dasein als Splitterpartei.)

Zur Geschichte der Gründerzeit der Langenargener SPD gehört auch die Spaltung der Bewegung. Wenn die besonnenen und kommunalpolitisch erfolgreichen Fischermeister sowie ihre Gesinnungsfreunde schon erwähnt sind, sollen auch die anderen genannt sein, die allerdings aufgrund ihrer politischen Hitzköpfigkeit alsbald wieder von der kommunalpolitischen Bühne verschwunden waren.

Die USPD in Langenargen wurde vor allem von zwei Männern repräsentiert, welche dermaßen stark polarisierten, dass sie sich, wie schon angedeutet, alsbald politisch selbst isoliert hatten. Es waren dies der 1918 für Langenargen gewählte Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat Friedrichshafen, Otto Manz, und auch Ludwig Reinhard, Sekretär dieses Arbeiterrates und zu späterer Zeit, nachdem er von Langenargen wieder fortgezogen war, Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands in Friedrichshafen.

Wie schon geschildert, war Langenargen schon für die gemäßigte Mehrheitssozialdemokratie anfangs kein einfaches Pflaster. Sie verdankte ihre Existenz vor allem den etablierten Fischergeschlechtern. So drängt sich nun geradezu die Frage auf, wie überhaupt eine USPD hier existieren konnte. Diese Frage recht einfach zu beantworten: Die Linksozialisten rekrutierten ihre wenigen Parteigänger vornehmlich aus den im Jahr 1919 noch hier wohnenden Arbeitern der Friedrichshafener Rüstungsbetriebe, die sich in relativ kurzer Zeit aber wieder verstreuten.

Sowohl von Reinhardt als auch von Manz hört man demzufolge nach 1919 nicht mehr allzu viel und den Linken ist es zu keinem Zeitpunkt gelungen, in Langenargens Kommunalpolitik Fuß zu fassen. Trotzdem war diese Spaltung der Bewegung für uns immer problematisch, auch wenn sie sich in Langenargen nicht so drastisch zeigte wie andernorts.

Sie nahm und nimmt uns einiges an Energie, aber sie war, wenn man ihre Ursprünge betrachtet, eben auch wohl begründet. Die republikanisch-staatstragenden Sozialdemokraten auf der einen Seite, die eine parlamentarische Republik errichten wollten oder sich zunächst teilweise gar noch mit einer konstitutionellen Monarchie zufrieden gegeben hätten, und die revolutionären Sozialisten auf der anderen Seite, die als Befürworter einer Räterepublik, also eines Sowjetsystems, galten – sie passten einfach nicht mehr zusammen und dies nicht nur aufgrund der Begehrlichkeit der Kriegskredite.

Dieser Sachverhalt, aber auch sehr viele andere Zusammenhänge in den Rahmenbedingungen politischen Gestaltens der letzten 90 Jahre haben immer wieder dazu geführt, dass die SPD nicht nur in Langenargen sondern als Gesamtpartei auf Reichs- und später Bundesebene in einem Wechselbad der Gefühle zu agieren hatte, geprägt von politischen Siegen und bitteren Niederlagen, letztere eher in der Überzahl.

Und eben dieses ungestüme politische Fahrwasser, in dem sich unsere Partei immer schon bewegte, vor allem aber die Verfolgungen zu Zeiten der Monarchie und des Nationalsozialismus, haben dazu geführt, dass aus der SPD eine kampfesmutige, bisweilen aber auch intern kampfeslustige Bewegung geformt wurde, die im politischen Geschäft nicht selten, bildlich

gesprochen, die Kohlen aus dem Feuer holen muss, weil anderen, mangels derartiger schicksalhafter Erfahrungen, die Befähigung hierzu von der Geschichte nicht erteilt worden ist.

Außerdem befand sich die SPD stets in einem Spannungsverhältnis zwischen den politischen Ansprüchen der eigenen Klientel einerseits und der gesamtgesellschaftlichen staatspolitischen Verantwortung andererseits.

Wir Sozialdemokraten sind uns dessen bewusst, dass mit dem Gemeinwohl eben auch das Wohl der politisch Andersdenkenden gemeint ist. Unsere Verpflichtung dem demokratischen Staatswesen gegenüber, das wir 1933 als einzige Partei in Deutschland erbittert verteidigt haben, ermahnt uns stets dazu, eine am Gemeinwohl orientierte und keine reine Klientelpolitik zu betreiben – oder, wie es der seinerzeitige Bundeskanzler Gerhard Schröder einmal ausgedrückt hat: Erst kommt das Land, dann die Partei.

Somit können wir in Anbetracht der Geschichte unserer Partei auf Orts- und Reichs- bzw. Bundesebene folgendes zusammenfassend feststellen:

- die SPD hatte es nie leicht
- sie machte es sich nie leicht
- denn sie kann auch gar nicht anders.

Sie kann auch gar nicht anders, weil die Sozialdemokratische Partei sowohl dem gesellschaftlichen Zusammenhalt des demokratischen Staatswesens als auch den Interessen der Schwächeren in dieser Gesellschaft verpflichtet ist, was nicht selten dazu führt, dass es sie fast zerreißt. Diese Befindlichkeit, für Außenstehende nicht immer nachvollziehbar, macht wohl einen Gutteil dessen aus, was man als die „Seele“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichnen könnte.

Trotz dieses geschichtlich gewachsenen gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins darf die Sozialdemokratische Partei, gerade in Anbetracht ihrer Konsensbereitschaft zum einen - und den Begehrlichkeiten des globalisierten kapitalistischen Wirtschafts- und Machtsystems zum anderen, eine weitere Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten und sozialen Errungenschaften nicht hinnehmen, wobei ihr politischer Handlungsspielraum gerade in dieser Hinsicht bedauerlicher Weise ein sehr geringer ist.

Trotzdem:

„Man muss nur wollen und daran glauben, dann wird es gelingen“ Diese Worte stehen allerdings nicht im Grundsatzprogramm der SPD, nein, sie entstammen dem Munde des Grafen von Zeppelin – und sie dienen hier zur Überleitung...

...denn sie standen auch in der Wahlkampfanzeige eines Mannes, der sich vor acht Jahren anschickte,

etwas ähnlich Revolutionäres zu erreichen wie einstmals der Graf mit seinen Luftschiffen:

Sie standen in einer Wahlanzeige von Josef Büchelmeier, der sich anschickte, als Sozialdemokrat Oberbürgermeister der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen zu werden und den christdemokratischen Amtsinhaber bezwingen zu wollen.

Und er hat es gewollt, er hat fest daran geglaubt und schließlich ist es ihm auch gelungen: Josef Büchelmeier ist der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister in der Geschichte der Stadt Friedrichshafen, sein Mut und seine Beharrlichkeit passen gut zu dem Politikstil, der die Sozialdemokratie in den vielen Jahrzehnten ihres Bestehens auszeichnet.

**Anmerkung der Redaktion:** *Da Jo Büchelmeier der nächste Redner war, diene der Hinweis auf ihn auch als Überleitung für den Veranstaltungsablauf*

Zu Beginn dieser Ausführungen stand ein Zitat aus der „Donau-Wacht“, beschlossen seien sie auch mit einem solchen, es stammt ebenfalls aus den Januartagen des Jahres 1919 und lautet wie folgt:

„Angesichts der bevorstehenden Wahlagitation und den zu erwartenden heftigen Reaktionen des politischen Gegners sei es unseren Parteivereinen dringend angeraten, nur solche Persönlichkeiten an ihre Spitze zu stellen, die sich durch Umsicht, Lebenserfahrung aber auch ein gewisses Maß an Kaltblütigkeit auszeichnen (...)“

**Andreas Fuchs**

## Norbert Zeller zu Salem:

### Landesregierung knickt ein

„Der Landesregierung fehlt es an republikanischem Selbstbewusstsein“. Diesen Schluss zieht der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller SPD aus der nun aktuell vorliegenden Antwort des Finanzministeriums zu einem Antrag seiner Fraktion in Stuttgart zum geplanten Kauf der Gesamtanlage Salem. „Deshalb knickt die Landesregierung vor dem Haus Baden ein, anstatt nachdrücklich ihre exzellente Verhandlungsposition gegenüber dem klammen Haus Baden zu nutzen“, resümiert Zeller enttäuscht.

Zu der Forderung seiner Fraktion, die Schloss- und Klosteranlage Salem insgesamt für das Land zu erwerben, das in den „Eckpunkten des Verhandlungsergebnisses zwischen dem Haus Baden und dem Land Baden-Württemberg“ vorgesehene Teileigentum des Hauses Baden nicht weiter zu verfolgen und jede Nutzung durch das Haus Baden mit dem Eigentumsübergang zu beenden, lautete die Antwort von Finanzminister Stächele: „Das Haus Baden ist nicht bereit, das Eigentum am Prälaturgebäude vollständig aufzugeben. Würde das Land auf diesem Punkt beharren, bestünde die Gefahr des Scheiterns der Ge-

samtvereinbarung. Damit könnte dann der Landtagsbeschluss von 19. Dezember 2007, „Schloss Salem als Kulturgut ersten Ranges für die Öffentlichkeit zu sichern und öffentlich zugänglich zu halten“, nicht umgesetzt werden.“ Zeller: „Wer ein solches Diktat von vornherein akzeptiert, verzichtet mit einer Unterwerfungsgeste auf Verhandlungen in gleicher Augenhöhe“.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte ferner in ihrem Antrag gefordert, den in den „Eckpunkten“ vorgesehenen Preis von 15 Mio. Euro für den Klageverzicht des Hauses Baden nicht zu bezahlen, sondern selbstbewusst und mit der Legitimation des Gutachtens der Expertenkommission in den Rechtsstreit mit dem Haus Baden zu gehen. „Entweder werden in dieser Frage 15 Mio. € zum Fenster hinausgeschmissen oder aber die vom Land bestellten Gutachter werden im Nachhinein mit ihrer wissenschaftlichen Expertise in Zweifel gezogen“, bringt der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller, die Sache auf den Punkt. Das Gutachten habe für die SPD-Fraktion eindeutig klar gestellt, dass beispielsweise die umstrittenen Kunstgegenstände des Hauses Baden in Salem, für die in den Eckpunkten ein „unspezifischer Aufschlag“ von 11,4 Mio. € vom Land einkalkuliert war, nicht als Gesamtblock aufgewendet werden dürfen, sondern nur en detail und auf der Grundlage von Wertgutachten zu erwerben seien.

Zur SPD-Forderung, die museale Präsentation und die touristischen Bewirtschaftung des Gesamtensembles Salem in Verantwortung des Landes zu nehmen ohne Beteiligung des bisherigen Betreibers (das Haus Baden), teilt die Landesregierung mit, dass zwar die strategischen Vorgaben in Bezug auf die touristische und museale Vermarktung Salems vom Land als Eigentümer kommen werden, aber die „vor Ort vorhandenen Erfahrungen“ genutzt werden sollen. Für Zeller ist es vollkommen unverständlich, dass Prinz Bernhard weiterhin als Manager tätig sein soll. „Das Land kauft mit Steuermitteln ein Not leidendes Schloss und der bisher verantwortliche Schlossherr darf nicht nur darin wohnen bleiben, sondern soll auch noch als Betreiber fungieren“ – diese Logik sei republikanisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern eigentlich nicht zu vermitteln“, bedauert Zeller die Antworten des Finanzministers auf die Fragen der SPD-Fraktion im Antrag 3737.

(Der Gesamttext wird auf der Internetseite Seite des Landtags unter Drucksachen in Kürze eingestellt):

<http://www.landtag-bw.de>

**Büro Norbert Zeller, MdL**

# Termine:

**19.01.2009**

## **Kreisvorstandssitzung**

17.30 Uhr bis 19.00 Uhr  
parteiöffentlich

**19.01.2009**

## **Kreisdelegiertenkonferenz zur Wahl der Delegierten zum Landeslistenparteitag für die Bundestagswahl**

**und Vortrag von Peter Turkowsky: „Re-Kommunalisierung von Versorgungsaufgaben - Sinn oder Unsinn?“**

**Anschließend Diskussion**

19.00 Uhr bis 20.30 Uhr

Graf Zeppelin Haus, Friedrichshafen, Graf-Soden-Zimmer

[Infolink](#)

**22.01.2009**

## **Konstituierende Vorstandssitzung der SBI in Bregenz, Räume des SPÖ-Clubs im Landhaus**

19.00 Uhr bis 21.00 Uhr

**26.01.2009**

## **Jahreshauptversammlung des OV Überlingen mit Wahl des Vorstands**

Nebenzimmer Hotel Ochsen  
19:30

**29.01.2009**

## **Neujahrsempfang der SPD Baden-Württemberg mit**

**Frank Walter Steinmeier**

(Anmeldung erforderlich, siehe Infolink)

18.00 Uhr bis 21.00 Uhr

Liederhalle Stuttgart

[Infolink](#)

**06.02.2009**

## **Jahreshauptversammlung des OV Bermatingen**

19:00 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher  
- Neuwahlen

**09.02.2009**

## **Kreisvorstandssitzung**

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr  
Parteiöffentlich

**14.02.2009**

## **Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2009**

10.00 Uhr bis 20.00 Uhr  
Stadthalle Singen  
parteiöffentlich

[Infolink](#)

**30.03.2009**

## **Kreisvorstandssitzung**

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr  
parteiöffentlich

**02.04.2009**

## **Kreisdelegiertenkonferenz mit Neuwahlen im Kreisverband**

parteiöffentlich

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



**SP Schweiz**



**Kanton St. Gallen**

**Höhere Arbeitslosigkeit und  
mehr Kurzarbeit**

**Jetzt Handeln!**

**Die SP Fraktion des Kantonsrates St.Gallen fordert von der Regierung eine rasche Reaktion auf den besorgniserregenden Anstieg bei den Arbeitslosenzahlen und der Kurzarbeit.**

St.Gallen – Gestern hat die Fachstelle für Statistik die aktuellsten Arbeitslosenzahlen für den Kanton St. Gallen veröffentlicht. Diese Zahlen lassen nicht nur aufhorchen, sondern zwingen die Politik zu handeln. Zu stark sind die Anstiege in einigen Branchen und Regionen. Fraktionspräsidentin Barbara Gysi fasst zusammen: „Die Finanzkrise bringt nun auch im Kanton St.Gallen die Realwirtschaft ins Straucheln. Dies wird drastische Folgen haben. Die Arbeitslosenquote wird weiter ansteigen, wenn jetzt nicht Sofortmassnahmen erfolgen.“

**Rasches Handeln gefordert**

Die SP Fraktion hat heute eine Einfache Anfrage eingereicht. Jetzt ist aktives Handeln gefragt, damit der Arbeitsmarkt im Kanton stabilisiert werden kann. Die SP Fraktion will von der Regierung wissen, welche Beschäftigungsstabilisierenden Massnahmen geplant sind. Weitere Fragen betreffen die Kurzarbeit und die Auswirkungen der gestiegenen Arbeitslosigkeit auf die steuerlichen Einnahmen von Kanton und Gemeinden.

**Rückfragen an:**

**Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin** 079 708 52 34  
**Peter Olibet, Parteisekretär** 076 517 00 98

**Einfache Anfrage**

9. Januar 2009

**Rasche Reaktion auf den Anstieg  
von Arbeitslosigkeit und  
Kurzarbeit gefordert**

Die Publikation der Jahresendzahlen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit im Kanton St. Gallen zeigen einen deutlichen bis dramatischen Anstieg. (vgl. auch Medieninformation der Regierung vom 8.1.2009)

Nachdem bis im August 2008 die Zahlen insgesamt noch gesunken sind, sind auf Grund der Wirtschaftskrise auf das Jahresende hin wieder deutlich mehr Personen von Arbeitslosigkeit betroffen. Aktuell liegt die Arbeitslosenquote bei 2,4%. Im Jahresvergleich ist die Zahl der Stellensuchenden um 18,7 % und diejenige der Arbeitslosen gar um 30,4% angestiegen. Die Regionen und Branchen sind unterschiedlich stark davon betroffen.

Dramatisch ist der Anstieg bei der Kurzarbeit. Von Oktober 2008 bis Dezember 2008 stieg die Anzahl Firmen von 35 auf 143 und die Anzahl betroffener Mitarbeitenden gar von 1200 auf 7500 Personen an.

Diese Zahlen lassen aufhorchen und zwingen zu raschem Handeln. Die SP Fraktion will ein frühzeitiges Eingreifen und vorausschauende Handeln. Die Regierung muss agieren und nicht reagieren, um die Arbeitslosenzahlen möglichst zu stabilisieren, und beschäftigungsfördernde Massnahmen ergreifen. Der Einbruch der Beschäftigung hat sonst drastische Folgen auf das ganze wirtschaftliche Umfeld im Kanton St. Gallen, aber auch auf die Steuereinnahmen. Insbesondere erachtet es die SP Fraktion auch als wichtig, diejenigen Firmen zu stützen, die heute Kurzarbeit haben. Es muss alles daran gesetzt werden diese Arbeitsplätze erhalten zu können.

Die SP Fraktion dankt der Regierung darum bereits für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung den Anstieg sowie die absehbare Entwicklung der Arbeitslosen- und Stellensuchendenzahlen insgesamt?
2. Welche Massnahmen werden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV's) getroffen, um den Ansturm zu bewältigen?
3. Ist die Regierung bereit, zusätzliche Beschäftigungsprogramme zu forcieren, um die von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen im Arbeitsprozess zu halten ?
4. Junge Menschen sind deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Welche Massnahmen plant die Regierung für junge Menschen?
5. Welche beschäftigungs stabilisierenden Massnahmen plant die Regierung?
6. Der Anstieg der Kurzarbeit in den letzten 3 Monaten ist erschreckend? Wie beurteilt die Regierung diese Entwicklung?
7. Wie will die Regierung zukunftssträchtige Beschäftigungszweige (zb. Alternative Energien) fördern, damit Arbeitsplätze in diese Branchen verlagert werden können und das Wissen so erhalten bleibt?
8. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen der gestiegenen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf die Steuereinnahmen der juristischen und natürlichen Personen und welche Konsequenzen folgen daraus?

SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

## SP Kanton Thurgau

**Mit über 60% im 1. Wahlgang gewählt**

### Wigoltingen hat eine Frau Gemeindeammann

Erstmals ist am 30.11.2008 eine Frau - und auch noch von der SP – in der Region Weinfelden in dieses Amt, das dem des Bürgermeisters entspricht, gewählt worden.

Den LeserInnen des ROTEN SEEHAS ist sie bereits bekannt als Preisträgerin des PRIX WASSERFRAU 2008: **Sonja Wiesmann**.

Mit 60,2% der gültigen Stimmen wurde sie im 1. Wahlgang gewählt; der Mitbewerber von den Grünen erzielte 21,5% in der als Hochburg der SVP bekannten Gemeinde.

Während sie ihr Amt als Gemeinderätin in Sirnach aufgeben muss, bleibt sie weiterhin Präsidentin der SP Frauen Thurgau und Kantonsrätin. In ihrem neuen Amt (ihre Tätigkeit in Zürich bei einer Baufirma gibt sie auf). Die Frau Gemeindeammann ist zuständig

für das Präsidium, das Bauwesen und die Finanzen der Gemeinde. Diese Ressorts entsprechen ihrer bisherigen Qualifikation.

Der Rote Seehas wünscht Sonja Wiesmann Kraft und Erfolg in ihrer neuen Aufgabe.

**Karl-Heinz König**

## SPÖ



LT-WAHL VORARLBERG

### „Wir erwarten Zugewinne“

Die Vorbereitungen der SPÖ-Vorarlberg für die Landtagswahlen im September laufen auf Hochtouren. Bereits im Frühjahr wurde eine zukunftsorientierte Kandidatenliste mit Michael Ritsch als Spitzenkandidat beschlossen.

Jetzt geht es verstärkt um die Erarbeitung wesentlicher Inhalte. Hier erarbeiten schon seit Herbst 200 Experten und Funktionäre wesentliche Themenbereiche – und auch die Schwerpunkthemen sind mit Wohnen, Gesundheit und Soziales klar. Bis Ende März wird ein fix und fertiges Wahlprogramm vorliegen. Den Stimmenanteil von 16,9 Prozent bei der letzten Wahl 2004 will Ritsch deutlich ausbauen: „Wir wollen klar stärker werden, damit die Vorarlberger Sozialdemokratie wieder gestaltende Kraft wird“, so der 40-jährige Spitzenkandidat, der als unermüdlicher Motor wichtiger Veränderungen gilt, für die er als passionierter Jogger die nötige Ausdauer mitbringt.

SPÖ-Aktuell Nr. 1 - 2009

QUERGESCHRIEBEN



Von Robert Misik

## Gier schadet



Marktversagen:

## **Börsengeschäfte wurden immer mehr zum Glücksspiel und der Staat musste die Banken retten.**

Wir haben sie noch in den Ohren, die Parolen: Weniger Staat, mehr Privat. Konkurrenz und ungehinderter Wettbewerb würden bessere Produkte, günstigere Preise und stetiges Wachstum stimulieren. Motto: „Wenn jeder an sich selbst denkt, dann ist an alle gedacht.“ Selbst in einem noch relativ intakten Sozialstaat wie Deutschland sind die Einkommen der ärmeren Schichten seit 1992 preisbereinigt um 13 Prozent gesunken. Ganz oben legte man sich gerne zwanzig Prozent dazu. Jährlich, wohlgemerkt.

Das war nicht nur ein politisches und ökonomisches Programm der Ungleichmacherei, flankiert wurde diese ideologische Offensive durch die Propagierung eines regelrechten Menschenbildes: Aller Ton lag auf dem Initiativgeist des unternehmerischen, „selbstverantwortlichen“ Individuums. Der Wohlfahrtsstaat, der Menschen gegen Notlagen absichert und auch Unterprivilegierten Lebenschancen sichert, wurde in Frage gestellt. Er wurde sogar als „unmoralisch“ verleumdet – weil er es den Losern erlaube, es sich in der „sozialen Hängematte“ bequem zu machen, fördere er doch die Faulheit und die Amoral der unteren Schichten, hämmerten neokonservative Leitartikel.

**„Nur durch staatliche Konjunkturprogramme kann eine lange, tiefe Krise verhindert werden“  
Robert Misik**

Der Zeitgeist setzte auf Deregulierung vieler Märkte – insbesondere der Finanzmärkte. Börsengeschäfte waren von purem Gezocke mit freiem Auge kaum mehr unterscheidbar. Es ist eine Pointe der Geschichte, die lustig wäre, wenn sie für viele nicht so tragisch geendet hätte, dass diese Aufblähung der Spekulationsmärkte die globale Marktwirtschaft beinahe zerstört hätte. Es ist kaum übertrieben zu formulieren: Der Kapitalismus hat nur überlebt, weil der Staat ihn gerettet hat. Banker haben sich jahrelang astronomische Bonuszahlungen gegönnt, oft haben sie waghalsige Firmenkonstruktionen gespannt, nur um Steuerzahlungen zu vermeiden. Im Moment des Crash pilgerten sie aber zum Staat, um sich von den Regierungen heraushauen zu lassen. Soviel zur „Selbstverantwortung“.

Man nennt das „Marktversagen“. Die neoliberale Irrlehre ist grandios gescheitert. Wir können jetzt sagen: Wir haben es immer schon gewusst – We told you so! Aber Triumphalismus ist fehl am Platze. Die spekulative Aufblähung führte zu Kreditwachstum und es steigerte die Konsumnachfrage. Das Platzen der Blase hat nun umgekehrt den Effekt, dass Unternehmen, die investieren wollen, keine Kredite mehr bekommen und die Konsumenten weniger Geld haben. Nur durch massive staatliche Konjunkturprogramme kann jetzt eine lange, tiefe Krise verhindert werden.

„Dass rücksichtsloser Egoismus in moralischer Hinsicht falsch ist, wussten wir schon; jetzt wissen wir, dass er auch in wirtschaftlicher Hinsicht falsch ist“, sagte der große US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den dreißiger Jahren.

SPÖ-Aktuell Nr. 1 - 2009



Robert Misik ist Journalist und Buchautor. Anfang Februar erscheint sein Buch: „Politik der Paranoia. Gegen die neuen Konservativen.“ Er ist Träger des Österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik 2008.

„Politik der Paranoia: Gegen die neuen Konservativen“ (Gebundene Ausgabe) von Robert Misik (Autor).

Aufbau-Verlag; Januar 2009 240 Seiten, 18,50 €

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

## **Neujahrsempfang des Juso-Kreisverbands Biberach**

### **Für SPD-Landtagsfraktionschef Schmiedel steht viel auf dem Spiel**

BIBERACH (zel) - Leichtes Erschrecken in der Zuhörerschaft, als der SPD-Fraktionschef im baden-württembergischen Landtag fragt: „Können wir uns den Atomausstieg jetzt überhaupt noch leisten?“ So geschehen beim Neujahrsempfang des Biberacher Juso-Kreisverbands in der Gaststätte „Altes Haus“. Die 50 Zuhörer konnten aber wieder aufatmen, denn Claus Schmiedel begründete Atomausstieg und verstärkten Einsatz regenerativer Energieformen und erläuterte den gut 50 überwiegend jungen Anwesenden aus ganz Oberschwaben außerdem die Grundlagen sozialdemokratischen Politikverständnisses.

„Ich bin gerne hierher gekommen, wo die Jusos was tun und der Bundestagsabgeordnete Martin Gerster heißt, der drei Jahre als bildungspolitischer Berater unsere Fraktion unterstützt hat“, machte Claus Schmiedel zu Beginn der Veranstaltung klar. Er hatte

den Termin in Biberach dem zeitgleich in Freiburg stattfindenden Neujahrsempfang des CDU-Ministerpräsidenten vorgezogen, dem er in seiner frei vorgelegten Rede vorwarf, bei der Energieversorgung einseitig auf Atomkraft zu setzen, ohne dies deutlich zu machen: „Herr Oettinger kündigt an, dass im Land bis im Jahr 2020 20 Prozent der Energieversorgung aus regenerativen Quellen kommen sollen.“ Das sei aber beispielsweise im Landkreis Biberach jetzt schon so, in Schwäbisch Hall seien es sogar 40 Prozent. „Das ist problemlos, was steckt also dahinter? Die CDU will weg vom Atomausstieg, will 30 Prozent der Energie aus Kohle und die Hälfte aus Atomkraft.“ Stromerzeugung per Radioaktivität sei aber gefährlich und bedeute Blockade sonstiger Energiequellen, deshalb sehe die SPD-Rechnung anders aus: Bessere Energieausbeute durch Kraft-Wärme-Kopplung, außerdem seien mindestens 30 Prozent aus regenerativen Energiequellen lieferbar und weitere zehn Prozent Einsparung ohne Komfortverlust möglich. „Das bedeutet, vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr mehr Kaufkraft würden in Baden-Württemberg bleiben, anstatt ins Ausland zu gehen an die Lieferanten von Gas, Öl und Uran.“ Ein besseres Konjunkturprogramm für Handwerk und Mittelstand gebe es nicht, auch im Vergleich mit den aktuellen Konjunkturpaketen.

Dies sei ein Stück Zukunftssicherung, zu der für die Sozialdemokraten als weiterer wichtiger Bereich die Bildungspolitik gehöre. „Das Institut der deutschen Wirtschaft hat errechnet, dass jeder ins Bildungswesen investierte Euro sich mit acht Prozent pro Jahr verzinst“, rechnete Schmiedel vor und plädierte für vorschulische Bildung, längeres gemeinsames Lernen der Kinder, Ganztagschulen, Ausbau der beruflichen Gymnasien sowie das achtjährige Gymnasium nur entweder auf Freiwilligkeitsbasis oder mit entrümpelten Lehrplänen. Er forderte die Bürger auf, im Superwahljahr 2009 die Programme der Parteien im Hinblick auf die Zukunftssicherung genau anzuschauen: „Es steht viel auf dem Spiel!“

Zukunftssichernd seien aber auch ein soziales Netzwerk und allgemeinverbindliche Tarifverträge, für die im demokratischen Nachkriegsdeutschland vor allem die SPD gesorgt habe und so für allgemeinen Wohlstand. „Mit starken Gewerkschaften und mit einem Mindestlohn wird die Marktkonkurrenz über gute Arbeit und Qualität, nicht über Lohndumping entschieden“, erläuterte der Ludwigsburger Landtagsabgeordnete und rechnete vor: „Ein Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde würde bedeuten, dass in Deutschland sechs Millionen Leute, die derzeit weniger verdienen, wieder von ihrer Arbeit leben könnten.“

Zukunftssichernd handeln könnten außerdem Kommunen, indem sie die örtlichen Betriebe mit fairen Lohnbedingungen und guter Qualität unterstützen

und bei Vergabe öffentlicher Aufträge einzelne Gewerke ausschrieben. „Immer den Billigsten zu beauftragen, wie es die CDU will, fördert Schwarzarbeit und Sozialdumping“, sagte der Fraktionschef.



Eine über einstündige Publikumsdiskussion schloss sich an, in der Schmiedel unter anderem gute Schulbildung und fair bezahlte Arbeitsplätze auch als Rezept gegen wachsenden Rechtsradikalismus bei jungen Leuten nannte. Passen musste er allerdings bei einer Jusofrage nach der Haltung der SPD zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre: „Da wendest Du Dich am besten an Martin Gersters Bürgerbüro, die recherchieren das für Dich!“

Wolfgang Heinzel

## Alemannische Dialekte:

### **Wussten Sie schon, dass ...**

(neben Deutsch usw.)

- rund um den Bodensee Alemannisch (als Dialekt) gesprochen wird?
- ein Staat (Liechtenstein) komplett im alemannischen Dialektbereich liegt?
- Schwäbisch ein alemannischer Dialekt ist?
- die „Oberschwaben“ „Bodenseeamannisch“ sprechen?
- in einer Region in Venezuela alemannisch gesprochen wird?  
(alemannisches Sprachgebiet von [Colonia Tovar](#))
- rund 10 Millionen Menschen alemannischen Dialekt sprechen?

Verbreitet in: **Baden-Württemberg**, Deutschschweiz, Liechtenstein, Vorarlberg, Tirol, Frankreich (**Elsaß** und Lothringen), Bayern (**Schwaben**), Italien, Venezuela.

As **Alemannisch** bezeichnet mer dr Dialäkt, wu im Südweschte vum ditsche Sprochrüüm gschwätzt wird. I de Schwyz kennt mers as Schwyzerdütsch, i Frankriich heissts Elsässerdütsch. D Sprochwissenschaft zellt au s Schwäbisch zum Alemannische.

### Begriffsklärungen:

„**Hoschtube**“ – kommt vermutlich von „**Hofstube**“

In ländlichen Gegenden trafen sich die (meist jungen) Leute (nach Geschlechtern manchmal getrennt) in den „Ho – oder auch Lichtschubben“. Gemeint waren damit Stuben auf Bauernhöfen, die man im Wechsel besuchte. Motive waren angeblich das Sparen von Licht und Brennstoff und die Kommunikation in einer fernseh- und elektrizitätslosen Zeit.

Die jungen Burschen reparierten Gegenstände, die Mädchen fertigten Handarbeiten.

Man tauschte sich in Gesprächen aus, machte Musik und Gesang. Sagen und Märchen wurden erzählt. Das „Politisieren“ nahm ebenfalls viel Raum ein.

Heute wird der Begriff nostalgisch verwendet s. Einladung des OV Lindenberg S. 17

K-H K

**Der folgende Beitrag soll auf dem kommenden Landesparteitag in Singen zur Abstimmung für eine Resolution dienen.**

## **Charta für sozialen Zusammenhalt und Daseinsvorsorge Baden-Württemberg**

*Auf Einladung des SPD-Landesverbandes haben an der Erarbeitung der Charta mitgewirkt: Arbeiterwohlfahrt Baden-Württemberg (AWO), Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg (ASB), Betriebsseelsorge-Diözese Rottenburg-Stuttgart Caritas, der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Diakonie Württemberg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Koordinierungsrat der Muslime, Naturfreunde Württemberg, Pro Familia LV Baden-Württemberg, ver.di Landesbezirk.*

Baden-Württemberg ist ein reiches Land, in dem alle Bürgerinnen und Bürger am Wohlstand teilhaben sollen und das allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an sozialstaatlicher Sicherheit bieten kann.

Allerdings leben wir in Zeiten rasanter Veränderungen. Die wirtschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen unseres Zusammenlebens sind einem ständigen Wandel unterworfen. In Zeiten wie diesen ist die politische Steuerung zum Erhalt und Ausbau unseres sozialstaatlichen Systems besonders gefordert, die Finanzmarktkrise hat die Sicherheit eines Umlagesystems im Gegensatz zur kapitalgedeckten Vorsorge bestätigt.

Die beiden wichtigsten Achsen unserer sozialen Demokratie sind aus dem Lot geraten. Die Spaltung der

Gesellschaft hat zugenommen. Politische Entscheidungen, z.B. in der Steuer- und Sozialgesetzgebung sowie die fast ausschließliche Orientierung von Aktiengesellschaften und Finanzinvestoren an einer Steigerung der Renditen um jeden Preis haben dazu beigetragen. Die Folge: Umverteilung von unten nach oben, eine schrumpfende Mittelschicht, wachsende Armut, vor allem bei Kindern und Alleinerziehenden. Die große Angst vor Arbeitsplatzverlust drückt in Folge die Einkommen der breiten Masse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach unten. Erwerbsarbeit schützt weniger denn je vor Armut, die Zunahme prekärer Beschäftigung erhöht das Armutsrisiko. Sozialer Ausgleich und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind nicht mehr selbstverständlich und dem Sozialstaat fehlen oft die Mittel zur Gegensteuerung.

Trotz ständig steigender Wirtschaftsleistungen und wachsendem Vermögen der reichen Spitze der Bevölkerung sind die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten gesunken. Gleichzeitig haben die Erfordernisse zur Organisation und Bewältigung des Alltags enorm zugenommen.

Die Lage der ärmeren Schichten wird verschärft durch Privatisierungen der öffentlichen Infrastruktur, steigende Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und eine Verringerung der staatlichen und kommunalen Förderung von sozialen Diensten. Die Daseinsvorsorge als Grundpfeiler des europäischen Gesellschaftsmodells zur Sicherstellung der öffentlichen Versorgung gerät dabei zunehmend ins Hintertreffen. Das hohe Maß an sozialer Sicherheit der Vergangenheit wird nicht mehr grundsätzlich und umfassend gewährleistet. Viele Lebensnotwendigkeiten und Unwägbarkeiten, die bisher sozialstaatlich abgesichert waren, müssen immer öfter von den Betroffenen selbst bewältigt bzw. rechtzeitig vorgesorgt werden. Das spaltet die Gesellschaft zunehmend. Auf der anderen Seite schotten sich die Eliten und deren Kinder immer mehr ab. Diese Situation wird als Gerechtigkeitsdefizit wahrgenommen und entmutigt viele. Das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab, die Entsolidarisierung steigt.

Die Diskussion um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialstaats droht den Forderungen des Wirtschaftsliberalismus zu unterliegen. Dabei geht der Gedanke verloren, dass ausgewogene soziale Strukturen den sozialen Frieden in unserem Land herstellen. Die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich sowie das Abdriften von immer mehr Menschen in den Armutsbereich bewirken auch die Verabschiedung der Betroffenen aus unserem Staat und unserer Demokratie. Der Sozialstaatsgedanke beinhaltet, dass Menschen im Notfall von dieser Gesellschaft aufgefangen werden. Wenn das nicht mehr der Fall ist, macht für den/die Einzelne der Einsatz für unseren demokratischen Staat keinen Sinn mehr.

Deshalb sind die Forderungen nach sozialer Absicherung der Menschen unentbehrlich für den Erhalt des sozialen Friedens und die Diskussionen über soziale Hilfen dringend notwendig. Für Demokratie setzen sich die Menschen nur ein, wenn sie sich in der Gesellschaft angenommen fühlen!

Unser sozialstaatliches System erfreut sich als solches zu Recht einer breiten Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die meisten Menschen wissen nämlich, dass nur in einem funktionierenden Sozialstaat

- ausreichend Schutz vor Existenzbedrohung durch Arbeitslosigkeit geleistet werden kann
- eine allen zugängliche und ausreichende gesundheitliche Versorgung gewährleistet ist
- eine materielle Absicherung im Alter möglich ist, die auch dauerhaft vor Altersarmut schützt
  - ausreichend flächendeckende betriebliche Präventionsaktivitäten und Beratung zu altersgerechter Arbeitsplatzgestaltung sicherzustellen ist
- eine bedarfsgerechte und damit menschenwürdige Pflege unabhängig vom Einkommen erfolgen kann
- die Chancengleichheit bei der Bildung unserer Kinder sichergestellt wird; vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund ist Bildung der Schlüssel zu Integration und Teilhabe an der Gesellschaft.
- die Netzdienstleistungen (Energie, Wasser, Kommunikation, Verkehr, Transport) so ausgestaltet sind, dass sie die Versorgung aller sozial verträglich und ökologisch nachhaltig gewährleisten; nur so können gemeinwohlorientierte soziale Dienstleistungen und Einrichtungen im Rahmen der Daseinsvorsorge der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Ein funktionierender Sozialstaat gewährt ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und trägt so entscheidend zum sozialen Frieden in Deutschland bei. Deshalb muss er ständig weiter entwickelt werden, um auch neuen gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht werden zu können.

Menschen mit Migrationshintergrund müssen in Baden-Württemberg die gleichen Lebenschancen und Möglichkeiten der Lebensgestaltung sowie Aufstiegsmöglichkeiten haben. Ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist Grundlage für erfolgreiche Inklusion.

Die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und die damit einhergehende unzureichende sozialversicherungsrechtliche Absicherung muss aufgehoben werden.

Menschen die gezwungen sind, sich ihren Lebensunterhalt 103 in Minijobs bzw. prekären Arbeitsverhältnissen zu verdienen, müssen ausreichend abgesichert werden. Familien brauchen Unterstützung, Erziehungsarbeit sowie die Pflege von Angehörigen muss sozial abgesichert sein. Ziel ist die mindestens Existenz sichernde Erwerbsarbeit. Es müssen dauerhaft weitaus mehr qualifizierte Ausbildungsstellen geschaffen werden, insbesondere für benachteiligte Jugendliche, damit diese nicht dauerhaft in eine unsichere Berufs- und Arbeitssituation einmünden. Bürgerschaftliches Engagement muss unterstützt werden.

Die brüchig gewordenen sozialen Sicherungssysteme, die daran krankten, dass immer weniger Einzahlende für immer höhere Auszahlungen zuständig sind, sind zu festigen. Die vorbeugende Verhinderung von Krankheiten und sozialen Notlagen muss verbessert und private und öffentliche Armut müssen verringert werden.

Auch deshalb brauchen wir eine Weiterentwicklung des Sozialstaates.

## Unser Konsens

Wir stehen heute also vor der Herausforderung, den Sozialstaat so zu gestalten, dass er seinen grundsätzlichen Aufgaben unter den veränderten Bedingungen gerecht werden kann und die Verteilungsfragen beantwortet.

Der Sozialstaat, wie wir ihn verstehen

- umfasst Maßnahmen, die Armut vermeiden und Ausgrenzung verhindern
- garantiert eine allen zugängliche soziale Infrastruktur
- ermöglicht in einem offenen Bildungssystem Chancengleichheit und individuelle Förderung aller jungen Menschen
- gewährleistet soziale Grundrechte für alle und
- unterstützt das Engagement und die Eigenverantwortung seiner Bürgerinnen und Bürger.

Der Sozialstaat ist der Garant für ein Leben in Würde und Freiheit – auch und insbesondere dann, wenn Einzelne sich nicht mehr selbst helfen können. Er stärkt und aktiviert ebenso das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Der Sozialstaat ist der Garant für ein Leben in Würde und Freiheit – auch und insbesondere dann, wenn Einzelne sich nicht mehr selbst helfen können. Er stärkt und aktiviert ebenso das Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Leider sind Gerechtigkeit und Solidarität nicht mehr selbstverständliche und unangefochtene Orientierungswerte. **Deshalb treten wir** für einen handlungs-

fähigen und modernen Sozialstaat ein, der Ausdruck der wechselseitigen Solidarität seiner Bürgerinnen und Bürger ist. Wir tun dies in der Überzeugung, dass die Demokratie eine soziale Grundlegung braucht. Der Sozialstaat ist ohne Demokratie ebenso wenig lebensfähig, wie unsere demokratische Gesellschaftsordnung ohne den Sozialstaat.

## **Grundlagen des Sozialstaates: Solidarität und Gerechtigkeit**

Soziale Sicherheit ist ein wesentliches Fundament für die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Gesellschaft. Sie schafft die notwendigen materiellen Voraussetzungen für die Zukunfts- und Lebenschancen aller.

In einer Demokratie sind alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig mit Rechten und Pflichten verbunden. Diese solidarische Verbundenheit bedeutet für uns:

- Wir wollen eine Gesellschaft, die Bildung als Grundlage gleicher Lebenschancen für alle ermöglicht, Arbeitslose und Arme materiell absichert, aber auch befähigt, ihre Notlagen eigenverantwortlich zu überwinden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kranke sich auf die Solidarität der Gesunden verlassen können und am medizinischen Fortschritt teilhaben, alle Bürgerinnen und Bürger zum gesundheitsbewussten Verhalten befähigt werden und in Würde alt werden können.
- Wir wollen eine Gesellschaft, in der neben dem Staat auch Unternehmen und wirtschaftlich Starke ihre Verantwortung für den sozialen Ausgleich und die soziale Infrastruktur und damit für die Herstellung von Gerechtigkeit übernehmen.
- Wir wollen eine Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger zur Solidarität mit 163 anderen ermutigt und sie stärkt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sich und andere Verantwortung wahrzunehmen. Demokratie, Solidarität und Zukunftsfähigkeit kennzeichnen die Gesellschaft, in der wir leben wollen.

**Demokratisch** heißt für uns, dass

- alle Bürgerinnen und Bürger ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft haben und niemand aus ökonomischen, sozialen, geschlechtsspezifischen, religiösen oder kulturellen Gründen oder aufgrund ethnischer Herkunft oder Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung ausgegrenzt wird
- politische und soziale Rechte untrennbar zusammengehören und aktiv gelebt und eingefordert werden müssen.

**Solidarisch** heißt für uns, dass

- alle Bürgerinnen und Bürger wechselseitig nach ihrem Leistungsvermögen füreinander einstehen.

**Zukunftsfähig** heißt für uns, dass

- soziale Sicherheit und allen gleichermaßen zugängliche Bildung Investitionen in 181 eine gerechte und wirtschaftlich starke Gesellschaft sind – und somit ein echter Standortvorteil sind.

## **Grundsätze sozialstaatlicher Erneuerung**

Ein zukunftsfähiges und modernes Baden-Württemberg braucht einen leistungsfähigen und effizienten Sozialstaat. Der Wohlstand unseres Landes zeigt sich auch an der sozialen Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Soziale Sicherheit macht nicht arm, sondern ist eine der Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg. Sie schafft sozialen Frieden und erhöht die Bereitschaft der Menschen, Veränderungen zu akzeptieren und mit zu gestalten. Der Sozialsektor ist selber ein wichtiger Wirtschaftszweig, der Arbeit bietet, Innovationen schafft und zum Wohlstand unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Die Bezahlung der im sozialen Dienst am Menschen Tätigen entspricht heute nicht der gesellschaftlichen Leistung, die sie erbringen. Deshalb stellt sich die Aufgabe, die Lebensbedingungen der Menschen dadurch zu sichern und zu verbessern, dass der Staat wirtschaftliche Freiheiten mit sozialem Ausgleich, sozialer Absicherung, Existenz sicherndem Einkommen und dem nachhaltigen Schutz der Umwelt verbindet.

## **Perspektiven für eine moderne Sozialpolitik in Baden-Württemberg**

Wir setzen uns dafür ein,

- soziale Rechte und Partizipation zu sichern
- die soziale Infrastruktur weiterzuentwickeln und
- das bürgerschaftliche Engagement zu fördern.

Das heißt für uns,

die Sozialpolitik so auszugestalten, dass die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Baden-Württemberg gewährleistet wird

- Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, in eigener Kompetenz ihre Belange selbstbestimmt und selbstverantwortlich zu vertreten und zu gestalten
- Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu stärken und so die Solidarität in der Gesellschaft zu festigen
- dafür Sorge zu tragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit und ohne Arbeit in Würde leben können

- Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Unversehrtheit, materielle Versorgung, Erziehung und Bildung. Das Land Baden-Württemberg hat auf eine Verankerung dieser in der UN-Kinderrechtskonvention enthaltenen Rechte im Grundgesetz als eigenständige Grundrechte von Kindern und Jugendlichen hinzuwirken.
- durch gezielte Politik Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern
- eine notwendige und bedarfsgerechte gesundheitliche und pflegerische Versorgung für alle sicherzustellen
- die Wohnung als existentielle Säule für jede Bürgerin und jeden Bürger zu sichern, indem bspw. eine neue Initiative im sozialen Mietwohnungsbau gestartet wird oder flächendeckende Mietspiegel eingeführt werden
- die Inklusion von Menschen mit Behinderung zu fördern mit bedarfsgerechten Regelungen im Landesbehindertengleichstellungsgesetz, durch ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der Barrierefreiheit sowie durch die Stärkung der Eingliederungshilfe benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders zu fördern durch einen verlässlichen Kinderschutz (Ausbau und Qualifizierung vorhandener Angebote),
- durch eine ständige Armutskonferenz sowie durch ein ganzheitliches integratives Konzept von Bildung, Betreuung und Erziehung
- für eine Steuerpolitik einzutreten, die jeden nach seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben beteiligt
- Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie mit gemeinwohlorientierten und familienbezogenen Tätigkeiten vereinbar ist
- allen Bürgerinnen und Bürgern gleichen Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen zu ermöglichen
- dass Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen Wahlfreiheit haben.

Die Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu mehr gegenseitiger Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und bürgerschaftlichem Engagement sichert und erweitert das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft.

Auf dem Fundament eines handlungsfähigen und leistungsstarken Sozialstaates kann Baden-Württemberg die zukünftigen Herausforderungen meistern. Unser Sozialstaat ist auf die Zustimmung und das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

**übermittelt durch Büro Hilde Mattheis, MdB**

## Wirtschaft

### Kleine und mittlere Einkommen entlasten

Weitere Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering im Rahmen einer möglichen Steuerreform nach 2009 in Aussicht gestellt. Unverantwortlichen Geschenken an Spitzenverdiener nach den Plänen der Union erteilte er hingegen eine klare Absage.



Eine Steuerreform "à la CSU" würde viel Geld an die Reichsten im Land geben, aber keine Arbeit schaffen, begründete der SPD-Vorsitzende im Interview mit der Bild-Zeitung (Montagsausgabe) seine Ablehnung. "Vier Milliarden Euro mehr für Kinder und zehn Milliarden Euro weniger Krankenversicherungsbeiträge, wie im Steinmeier-Konzept geplant, sind da wirkungsvoller", sagte Müntefering mit Blick auf das Konjunkturpaket der Bundesregierung, das am Montag im Koalitionsausschuss beraten wird.

Für die nächste Legislaturperiode stellte der SPD-Chef eine große Steuerreform in Aussicht, die vor allem Beziehenden und Beziehenden kleiner und mittlerer Einkommen entlasten soll. Dazu wäre der jüngste Vorschlag von Finanzminister Peer Steinbrück, die Steuern für die unteren Einkommensgruppen zu senken der "logische Einstieg". Klar sei dabei aber, dass der Staat handlungsfähig bleiben und die Schulden weiter abbauen müsse.

Wer Steuersenkungen für Spitzenverdiener verspreche, handle wider besseres Wissens unverantwortlich, betonte Müntefering.

**SPD.de**

## Baden-Württemberg profitiert von Konjunkturprogramm

Zu den Chancen des zweiten Konjunkturprogramms der Bundesregierung für Baden-Württemberg erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (SPD) und die Fraktionsvorsitzende im Ulmer Gemeinderat Dorothee Kühne:

„Dieses Paket stärkt die Investitionskraft der Kommunen in Baden-Württemberg. Es erhöht die Kaufkraft der Menschen in unserer Region und sichert Beschäftigung. Jetzt kommt es darauf an, dass die Mittel schnell für die Kommunen bereitgestellt werden.“

In der vorangegangenen Nacht auf Dienstag hatten sich die Koalitionsspitzen unter anderem auf ein Kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 13 Milliarden € verständigt. Davon entfallen auf Baden-Württemberg 1.645,9 Millionen €. Die Schwerpunkte liegen im Bereich Bildung (Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen) und Infrastruktur (Verkehrprojekte, Krankenhäuser, Städtebau, Informationstechnologie). „Die Bürgermeister und unser Landrat brauchen jetzt rasch Planungssicherheit für zusätzliche kommunale Investitionen in Bildung und Infrastruktur.“

Mit Blick auf die Arbeitsplätze in der Automobil- und in der Zulieferindustrie betonen Hilde Mattheis und Dorothee Kühne, dass die Region insbesondere von den Maßnahmen zur Stärkung der Automobilkonjunktur profitieren werde: Private Autohalter erhalten künftig eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 €, wenn sie ein mindestens 9 Jahre altes Altfahrzeug verschrotten und gleichzeitig einen umweltfreundlichen Neu- oder Jahreswagen kaufen. „Ich bin froh, dass wir uns damit durchgesetzt haben“, sagt Hilde Mattheis heute. „Das hilft der Umwelt und den Arbeitsplätzen“.

Das Konjunkturpaket II beinhaltet bundesweit neue Maßnahmen in einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. €. Zusammen mit den schon beschlossenen Maßnahmen setzt die Politik insgesamt über 80 Mrd. € zielgerichtet für die Überwindung der Wirtschaftskrise ein. „Der Kinderbonus von 100 € für jedes Kind und die dauerhafte Verbesserung der Leistungen für Kinder von Hartz IV-Empfängern im Alter von 6-13 Jahren stärken Familien und ihre Kaufkraft. Die Senkung des Krankenversicherungsbeitrages nützt Arbeitnehmern und Rentnern. Bei Steuersenkungen haben wir dafür gesorgt, dass v.a. untere und mittlere Einkommen profitieren. Hinzu kommt die Einführung von Mindestlöhnen in fünf weiteren Branchen und die Lohnuntergrenze in der Leiharbeit.“

Damit die Betriebe in wirtschaftlich schwieriger Situation bestehen können, werden die Kredit- und Bürgschaftsprogramme ausgeweitet. „Wir müssen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis dafür sorgen, dass die Unternehmen jetzt die Beschäftigten an Bord halten. Nach dem Motto „Qualifizieren statt entlassen haben wir dafür umfangreiche Mittel der Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt. Auch in Ulm und im Alb-Donau-Kreis müssen wir jetzt alles dafür tun, um Arbeitsplätze zu sichern und unsere wirtschaftlichen Grundlagen so erneuern, dass wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können.“

Hilde Mattheis, MdB

## Franz Müntefering gratuliert Helmut Schmidt

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, **Franz Müntefering**, gratuliert Bundeskanzler a. D., **Helmut Schmidt**, zu seinem 90. Geburtstag am 23. Dezember 2008 mit folgendem Schreiben:

Lieber Helmut Schmidt!

In diesen Tagen wird besonders viel über Dich gesprochen und geschrieben. Allermeist Freundliches und Respektvolles. Das ist auch nur gerecht - was den Politiker und Staatsmann angeht, den Sozialdemokraten und den Menschen.

Und nun dieser besondere Geburtstag: Lieber Helmut, persönlich und im Namen der deutschen Sozialdemokratie: Herzlichen Glückwunsch zum 90. Geburtstag. Dank und Anerkennung für Deine bisherige Lebensleistung! Und für die Courage, mit der Du auf das neue Lebensjahrzehnt zugeht und zudenkst.

Wenn Leidenschaft für die Sache, Verantwortung für das Ganze und Augenmaß wirklich gelingen sollen, dann erfordert das Kompetenz. Nur so ist gute Politik möglich. Das haben wir von Dir gelernt.

Ich freue mich, dass Du einer von uns bist: Sozialdemokrat. Ein sehr guter Bundeskanzler und großer Staatsmann, aber eben auch ein Sozialdemokrat, ein politischer Philosoph, ein Visionär - wohlwissend, dass wirklich große Ideen mit Fakten zu tun haben und nicht um wolkige Wünsche ranken.

Ich wünsche uns, dass Du unsere Debatten noch lange begleiten wirst.

22.12.2008 | 708/08

PM SPD.de



Kreisverband Bodenseekreis

Friedrichshafen, 12.12.2008

Dieter Stauber – Steinäcker 17/3 – 88048 Friedrichshafen

An die speziell zur Nominierung des Bundestagskandidaten gewählten

**Delegierten** der Ortsvereine im SPD Kreisverband Bodensee

OV-Vorsitzende der SPD-Ortsvereine im Wahlkreis

KV-Mitglieder Bodenseekreis

MdB Martin Gerster

MdL Norbert Zeller

Uli Möhrle

Martin Rosemann (Kreisbetreuer Landesvorstand)

stv. Landesvorsitzende Hilde Mattheis

**Einladung zur Wahl der Delegierten für den Landesparteitag  
(am 14.02.2009 in Singen) zur Aufstellung der Landesliste zur  
Bundestagswahl 2009  
und zum Vortrag  
„Re-Kommunalisierung von Versorgungsaufgaben - Sinn oder Unsinn?“**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir laden euch im Namen des SPD-Kreisvorstandes ganz herzlich für

**Montag, den 19. Januar 2009 um 19 Uhr  
ins Graf-Zeppelin-Haus, Graf-Soden-Zimmer  
nach Friedrichshafen**

Die Vorschläge zur Tagesordnung und zur Geschäftsordnung findet ihr anbei.

Anträge müssen bis spätestens 12.01.09 bei uns eingegangen sein.

Bitte denkt daran, eure Parteibücher oder einen amtlichen Ausweis für die Mandatsprüfung mitzubringen.

Es sind die gleichen Delegierten eingeladen, die speziell zur Nominierung des Bundestagskandidaten in Salem von den Ortsvereinen gewählt wurden! (Nicht die „normalen“ Kreisdelegierten! Alle müssen zur Bundestagswahl wahlberechtigt sein.) Ortsvereine, die diese Kandidaten noch nicht gewählt haben, können die Wahl der Delegierten noch vornehmen und müssen diese Delegierten dann der Regionalgeschäftsstelle und zur Kenntnis dem Kreisvorstand weitermelden.

Getränke werden angeboten.

Parkplätze befinden sich in der Tiefgarage des GZH. Der Bahnhof ist in unmittelbarer Nähe.

Viele Grüße

Dieter Stauber und Arnim Eglauer

stellvertretende Kreisvorsitzende

**Dieter Stauber**, Steinäcker 17/3 88048 Friedrichshafen ☎ 0 75 41 / 2 78 61 dieter.stauber@online.de **Arnim Eglauer**, Finkenweg 6 88682 Salem- Beuren ☎ 0 75 54 / 9 72 11 arnim@eglauer.de

## Vorschlag zur Tagesordnung der Kreisdelegiertenkonferenz am Montag, 19. Januar 2009

1. Begrüßung Kreisvorstand und Ortsverein Friedrichshafen
2. Wahl der Versammlungsleitung, Mandatsprüfungskommission, Zählkommission
3. Vorstellung und Wahl der 5 Delegierten (und Ersatzdelegierte) für den Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2009
4. Vortrag von Peter Turkowsky, langjähriger TWF-Geschäftsführer und ausgewiesener Experte der kommunalen Versorgungsunternehmen, Geschäftsführer der Kommunalpartner Beteiligungsgesellschaft mbH und CoKG.
5. Diskussion / Fragen
6. Anträge
7. Verschiedenes
8. Schlusswort

**Bitte bringt das Mitgliedsbuch und euren Personalausweis mit.**

### **SBI Sozialistische Bodensee-Internationale**

**Verband der sozialdemokratischen Parteien im Bodenseeraum**

OLGA PIRCHER  
Präsidentin der SBI  
Tel. 0043 (0)664/5231338,  
Fax. 0043 (0)5574/511-31395  
Grete-Gulbransson-Weg 16  
A-6700 Bludenz

Bludenz, 8. Jänner 2009

### **Einladung**

Mit den besten Wünschen für ein gutes neues Jahr möchte ich euch zur konstituierenden Sitzung der SBI einladen. Diese findet wie vereinbart am

**Donnerstag, den 22. Jänner 2009  
im SPÖ-Landtagsclub im Bregenzer Landhaus**

statt.

Da ich an diesem Tag einen wichtigen Termin wahrnehmen muss, bitte ich um Verständnis, dass die Sitzung erst um 19 Uhr beginnt. Diese Änderung ist mit Norbert und Fredi abgesprochen.

**Tagesordnung:**

- Eröffnung und Begrüßung**
- Berichte aus den Ländern**
- Planung für 2009**
- Prix Wasserfrau**
- Allfälliges**

Im Anschluss wollen wir mit einem Glas Sekt auf das Jahr 2009 anstoßen, das für einige von uns aufgrund wichtiger Wahlgänge eine besondere Bedeutung hat. Ich freue mich auf euer Kommen.

Mit lieben Grüßen und einem herzlichen Freundschaft,

**Olga Pircher**



## Politische Hoschtube am Ofebänkle

mit

**Dr. Gert Strube**

*Wie war das in der so genannten „DDR“?*

und

**Altoberbürgermeister Dr. Paul Wengert, MdL**

Wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

am

**Donnerstag, 29. Januar 2009**

**im Bayerischen Hof**

**in Lindenberg , Hauptstr.82,**

**um 20.00 Uhr**

Sie sind herzlich eingeladen!  
SPD- Ortsverein Lindenberg



V. i. S. d. P. Leo Wiedemann



10.01.2009

An die Mitglieder  
des SPD-Ortsverein Bermatingen

Liebe Parteifreunde,

hiermit lade ich Euch zur Jahreshauptversammlung des SPD Ortsverein Bermatingen  
am **Freitag, den 06. Februar 2009 um 19:00 Uhr in der Weinstube Stecher** ein.

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Wahl des Versammlungsleiters
3. Rechenschaftsbericht
  - des Vorsitzenden
  - des Kassierers
  - der Kassenprüfer
4. Aussprache zu den Berichten
5. Entlastung des Kassierers
6. Entlastung des Vorstandes
7. Neuwahl des Vorstand
  - des Vorsitzenden
  - des stellvertretenden Vorsitzenden
  - des Kassierers
  - des Schriftführers
  - der 3 Beisitzer
  - der 3 Kreisdelegierten + 3 Ersatzdelegierte
  - der Kassenprüfer
8. **Vortrag vom SPD-Kreisvorsitzenden Jochen Jehle**  
Bericht aus dem Kreistag, Wahljahr 2009
9. Planungen 2009
10. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Für die Jahreshauptversammlung bitte ich um vollzähliges Erscheinen!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Kemmer

Andreas Kemmer  
SPD Ortsverein Bermatingen  
Oberer Höhenweg 10  
88697 Bermatingen

Telefon: 07544 / 71573  
Telefax: 07544 / 71573  
Email: [kemmer@t-online.de](mailto:kemmer@t-online.de)  
homepage: [www.spd-bermatingen.de](http://www.spd-bermatingen.de)

Bankverbindung:  
Sparkasse Salem  
BLZ: 69051725  
Konto: 2006625



# Impressum

## Herausgeber:

SPD Kreisverband Bodenseekreis (Kreisvorsitzender Jochen Jehle)  
und  
Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg      Tel.: 07532/313048  
e-mail: [roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren      Tel.: 07542/21012  
e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB: [rita.schwarzeluehr-sutter@wk.bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluehr-sutter@wk.bundestag.de)  
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP: [Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Gebhardt@europarl.europa.eu)  
Martin Mandler, Stelly. [martin.mandler@spd.landtag-bw.de](mailto:martin.mandler@spd.landtag-bw.de)  
Pressesprecher: [palais-bleyle@t-online.de](mailto:palais-bleyle@t-online.de)  
Andreas Fuchs: [norbert.zeller@mdl.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@mdl.landtag-bw.de)  
MdL Norbert Zeller: [norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)  
Peter Olibet, Parteisekretär: [kantonalpartei@sp-sg.ch](mailto:kantonalpartei@sp-sg.ch)  
SP Fraktion SG [info@sp-sg.ch](mailto:info@sp-sg.ch)  
Hubert Lötsch: [hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)  
SPÖ-Express: [Michaela.Moser@spoe.at](mailto:Michaela.Moser@spoe.at)  
SPOE\_Aktuell\_01\_0: [Martin.Gerster.wk08@wk.bundestag.de](mailto:Martin.Gerster.wk08@wk.bundestag.de)  
Büro Martin Gerster, MdB: [Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)  
Wolfgang Heinzl: [Hilde.Mattheis@bundestag.de](mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de)  
Hilde Mattheis, MdB: [www.spd.de](http://www.spd.de)      Pressemitteilungen SPD (Bund)  
SPD.de  
Dieter Stauber: [dieter.stauber@online.de](mailto:dieter.stauber@online.de)  
Arnim Eglauer: [arnim@eglauer.de](mailto:arnim@eglauer.de)  
Olga Pircher, Labg [labg.olga.pircher@spoe.at](mailto:labg.olga.pircher@spoe.at)  
Leo Wiedemann: [leo.wiedemann@t-online.de](mailto:leo.wiedemann@t-online.de)  
Andreas Kemmer: [kemmer@t-online.de](mailto:kemmer@t-online.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

[roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)